

Alle Infos unter: <https://www.amnesty.de/laenderbericht/tuerkei>

22.02.2017 [Amnesty Report 2017 Türkei](#)

News zur Türkei per E-Mail



Hier können Sie **«Alerts»** abonnieren:
Sie erhalten von uns eine E-Mail, sobald wir zur Türkei eine neue Mitteilung, einen Bericht oder andere Neuigkeiten veröffentlichen. Sie können den Alert jederzeit wieder abbestellen. **[Jetzt](#)**

[abonnieren.](#)

Aslı Erdoğan: Vom 16. August bis 29. Dezember 2016 in Haft



Die türkische Schriftstellerin Aslı Erdoğan: © Amnesty International

14. Februar 2017 - Die türkische Schriftstellerin Aslı Erdoğan war fast fünf Monate im Gefängnis. Der Vorwurf: Sie habe "terroristische Straftaten" begangen. Die Anklage besteht noch immer.

Aslı Erdoğan ist eine bekannte Schriftstellerin. Sie verbrachte fast fünf Monate im Gefängnis, weil sie als freie Autorin für die mittlerweile eingestellte kurdische Zeitung "Özgür Gündem" schrieb und auch im Beirat der Zeitung saß.

Bewaffnete maskierte Beamten stürmten im Sommer 2016 ihre Wohnung. Acht Stunden lang dauerte die Hausdurchsuchung. Obwohl die Beamten keinerlei Beweise fanden, nahmen sie Aslı Erdoğan fest. Sie wurde schließlich wegen "terroristischer Straftaten" angeklagt.

"Auf der Polizeiwache steckten sie mich zusammen mit drei anderen Frauen in eine zwei mal vier Meter große Zelle. Es gab kein Fenster, das Licht war die ganze Zeit an... Wir durften nur auf die Toilette, wenn ihnen gerade danach war. In der ersten Nacht habe ich kein Auge zugetan."

Als sie vor Gericht erschien, rechnete Aslı Erdoğan damit, freigelassen zu werden. Schließlich war sie noch nie für einen ihrer Texte strafrechtlich verfolgt worden, hatte nichts Falsches getan und war als Mitglied des Beirats für den Inhalt der Zeitung rechtlich nicht verantwortlich. Doch das Gericht schickte sie bis zum Prozessbeginn ins Gefängnis. Aslı Erdoğan leidet unter chronischen Krankheiten, die sich in der Haft weiter verschlimmerten.

"Die schlimmste Folter im Gefängnis war die ab September einbrechende Kälte. Einmal wurde ich mit zwanzig anderen Frauen in eine große Zelle gebracht; die Anwesenheit der anderen hat mich am Leben erhalten." Aslı

Erdoğan wurde mittlerweile unter Auflagen freigelassen, steht aber immer noch unter Terrorismusanklage.

"Seit meiner Freilassung habe ich nichts publiziert, und ich glaube nicht, dass ich so bald wieder eine Kolumne schreiben werde. Ich arbeite daran, dass es mir wieder besser geht. Im Gefängnis habe ich einfach immer weitergemacht, erst als ich wieder frei war, habe ich die körperlichen Folgen richtig gespürt", sagt Aslı Erdoğan. "Jetzt weiß ich, dass sie mich ins Gefängnis gesteckt haben, um mir eine Lektion zu erteilen - und diese Lektion habe ich gelernt."

Werden Sie aktiv! Beteiligen Sie sich an der internationalen Appell-Aktion von Amnesty International und fordern Sie die türkischen Behörden auf, die inhaftierten Journalistinnen und Journalisten freizulassen und die Repression gegen die Medien zu beenden!

[Hier geht es zur Aktion auf amnesty.org - jetzt mitmachen!](https://www.amnesty.org)

EU-Türkei-Deal darf keine Blaupause für andere Abkommen werden



Ein Flüchtling vor einem schneebedeckten Zelt auf der griechischen Insel Lesbos im Januar 2017: © STR/AFP/Getty Images

14. Februar 2017 - Überfüllte Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln, inoffizielle Rückführungen in die Türkei - vor dem Jahrestag des EU-Türkei-Deals kritisiert Amnesty dessen katastrophale Konsequenzen für Asylsuchende.

Der Flüchtlingsdeal zwischen der EU und der Türkei hat Tausende von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten in katastrophalen und gefährlichen Lebensverhältnissen zurückgelassen. Er darf nicht zur Blaupause für Abkommen mit anderen Ländern werden, sagt Amnesty International heute im Vorfeld des ersten Jahrestages der Vereinbarung am 18. März.

Diese Vereinbarung basiert auf der falschen Prämisse, dass die Türkei ein "sicherer Drittstaat" sei und hat zum Ziel Asylsuchende in die Türkei zurückzubringen. Sie hat dazu geführt, dass tausende Menschen schwierigen und unsicheren Bedingungen auf den griechischen Inseln ausgesetzt sind. Im neuen Briefing ["A Blueprint for Despair"](#) dokumentierte Amnesty International auch die rechtswidrige Abschiebung von Asylsuchenden in die Türkei - eine offenkundige Verletzung ihrer völkerrechtlichen Rechte.

"Das Abkommen zwischen der EU und der Türkei war eine Katastrophe für Tausende, die in einem gefährlichen, verzweifelten und scheinbar endlosem Übergangsstadium auf den griechischen Inseln zurückgelassen wurden", sagte Gauri van Gulik, stellvertretende Direktorin für Europa von Amnesty International.

"Es ist unglaublich, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs die EU-Türkei-Vereinbarung als Erfolg verkaufen, während sie die Augen vor den unerträglich hohen Kosten für jene verschließen, die die Konsequenzen ertragen müssen."

Mehr:

- [Gefangen im Elend](#)
- ["Niemand sollte an der Schwelle zu Europa in der Kälte sterben"](#)

[Hier können Sie das Amnesty-Briefing "A Blueprint for Despair" auf Englisch als PDF-Datei herunterladen](#)
[Weitere Informationen zum Thema "Flüchtlinge & Asyl" finden Sie auf \[www.amnesty.de/fluechtlinge\]\(http://www.amnesty.de/fluechtlinge\)](#)

Türkei: "Folter fand und findet statt"



Sicherheitskräfte nehmen in Istanbul eine Aktivistin fest, die sich für LGTBI-Rechte einsetzt, Juni 2016:
© AFP/Getty Images

9. Februar 2017 - Schläge, Elektroschocks, Stresspositionen: In der Türkei werden Gefangene gefoltert. Ein Interview mit der Menschenrechtsanwältin Senem Dođanođlu, die sich mit der Organisation "Türkiye İnsan Hakları Vakfı" (TİHV) für Folterüberlebende einsetzt.

Fragen: Ralf Rebmann

Welche Arbeit leistet Ihre Organisation genau?

Wir kümmern uns um die Behandlung und Rehabilitation von Folterüberlebenden und bieten außerdem eine Rechtsberatung an. Nur in seltenen Fällen vertreten wir Personen vor Gericht. Derzeit haben wir nicht so viele Klientinnen und Klienten, wie man vermuten könnte. Der Grund dafür ist, dass viele Betroffene schlicht in Haft sind und uns nicht erreichen können. Was wir jedoch von einigen Folterüberlebenden und Ärztinnen und Ärzten wissen, ist, dass in den vergangenen Wochen und Monaten verschiedene Foltermethoden in Gefängnissen zur Anwendung gekommen sind: Dazu gehören Schläge, Elektroschocks und sogenannte Stresspositionen. Zwar lautet die offizielle Politik: Null Toleranz für Folter. In der Realität hat der türkische Staat jedoch auch schon vor dem Putschversuch Gewalt gegen die eigene Bevölkerung ausgeübt - vielleicht nicht in den Gefängnissen, aber dafür auf der Straße.

Im vergangenen Dezember hat der neue UNO-Sonderberichterstatter für Folter die Türkei besucht, eine "systematische Anwendung von Folter" jedoch ausgeschlossen. Deckt sich dies mit Ihren Beobachtungen?

Soweit ich weiß, konnte er Haftzentren in Ankara, Diyarbakır, Urfa und Istanbul besuchen. Das ist zu wenig, um die Anwendung von Folter im ganzen Land zu beurteilen. Für uns als Organisation ist es jedoch nicht

ausschlaggebend, die Situation als "systematisch" bezeichnen zu können. Folter fand und findet statt. Dies konnten wir besonders in den Tagen und Wochen nach dem Putschversuch feststellen. Der Besuch des Sonderberichterstatters war äußerst wichtig, damit zivilgesellschaftliche Organisationen in der Türkei ihn treffen und sich mit ihm austauschen konnten. Zwar müssen wir auf seinen abschließenden Bericht bis 2018 warten. Er hat jedoch bereits jetzt einige kritische Punkte hervorgehoben, weil sie Folter in türkischen Gefängnissen und im Gewahrsam befördern.

Welche Punkte sind das?

Bis vor kurzem konnten Verdächtige bis zu 30 Tage ohne Anklage festgehalten werden. Zum anderen musste der Zugang zu einem Rechtsbeistand erst nach fünf Tagen erfolgen. Damit verging zu viel Zeit ohne Rechtshilfe - das verstößt gegen grundlegende Menschenrechtstandards. Ein neues Dekret soll die Zeitspanne in Haft ohne Anklage auf 14 Tage senken, der Zugang zu einer Anwältin oder einem Anwalt soll innerhalb von 24 Stunden gewährleistet werden. Viele Probleme bleiben jedoch. Im Ausnahmezustand ist es viel schwieriger geworden, eine vertrauliche Gesprächssituation zwischen Rechtsbeistand und Klientinnen und Klienten herzustellen. So kann es sein, dass man die eigenen Klientinnen und Klienten in Polizeigewahrsam sprechen möchte, die Polizei jedoch den Zugang verwehrt. In manchen Fällen sind Polizeibeamte in der Zelle, um mitzuhören, was besprochen wird. Hat diese Person Folter erlebt, wird sie das in der Situation bestimmt nicht erzählen.

Wissen Sie, wie viele Personen nach dem Putschversuch und im Rahmen der zahlreichen Festnahmen von Folter betroffen waren?

Eine solche Statistik haben wir nicht. Wir können aber beobachten, dass nicht nur mutmaßliche Anhängerinnen und Anhänger von Fethullah Gülen, sondern auch linke Oppositionelle, Medienschaffende und Kurdinnen und Kurden in das Visier der Regierung geraten. Da ist zum Beispiel der Fall der Zeitung Özgür Gündem. Deren Redakteurinnen und Redakteure, zum Beispiel Inan Kızılkaya, wurden festgenommen und auf dem Weg zu Gefängnis geschlagen und anderweitig misshandelt. Auch die Haftbedingungen für andere Autorinnen wie Aslı Erdoğan oder Necmiye Alpay waren schlecht. Ich erwähne an dieser Stelle immer die Erinnerungen des KZ-Überlebenden Jean Améry, der während der NS-Zeit von den Nazis gefoltert wurde. So beschreibt Améry, wie ihm bereits der erste Schlag ins Gesicht die Ausweglosigkeit seiner Situation deutlich machte. Er konnte diesen Moment nie wieder vergessen. Auch Inan Kızılkaya oder Aslı Erdoğan haben berichtet, dass sie Folter erlebt haben. Diese Aussagen müssen wir ernst nehmen.

Sind Sie im Rahmen Ihrer Arbeit selbst Einschüchterungen oder Repressionen ausgeliefert?

Ich bin sowohl Mitglied bei der "Progressive Lawyers' Association" (ÇHD) und der "Lawyers for Liberation Association". Beide Organisationen wurden bereits geschlossen, die Büroräume versiegelt und das Eigentum dem türkischen Staat übertragen. Wir arbeiten deswegen weniger in Büros, sondern gewissermaßen auf der Straße, in den Gefängnissen. Die Menschenrechtsstiftung TIHV ist bis jetzt noch nicht direkt betroffen, aber viele Personen unseres Freiwilligennetzwerks wurden entlassen, wie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Ärztinnen und Ärzte oder Psychologinnen und Psychologen. Die Auswirkungen auf unsere Arbeit sind enorm. Wenn Folterüberlebende zu uns kommen, kontaktieren wir normalerweise die entsprechenden Ärztinnen und Ärzte und Anwältinnen und Anwälte. Jetzt können wir das nicht mehr, weil viele suspendiert wurden. Ein anderer Weg wäre es, die Öffentlichkeit auf den Fall aufmerksam zu machen - aber die meisten kritischen Journalistinnen und Journalisten sitzen ebenfalls in Haft. Und es sieht leider nicht so aus, als dass sich diese Situation verbessern würde.

Senem Dođanođlu arbeitet als Menschenrechtsanwältin in der Türkei und ist seit 2004 Mitglied der Anwaltsvereinigung von Ankara. Im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Arbeit übernahm Dođanođlu vor allem Fälle in den Bereichen Meinungsfreiheit, Frauen- und LGBT-Rechte. Bei ihrer Arbeit für die türkische Menschenrechtsstiftung "Türkiye İnsan Hakları Vakfı" (TIHV) unterstützt sie Folterüberlebende. Dođanođlu ist zudem Mitglied der Anwaltsvereine "Progressive Lawyers Association" und "Lawyers for Liberty Association".

Hunderttausende Kurden im Südosten der Türkei vertrieben



Beim Konflikt zwischen PKK und Sicherheitskräften zerstörte Gebäude in Sur, Diyarbakir, im Südosten der Türkei: © Guy Martin/Panos

06. Dezember 2016 - Das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte im mehrheitlich von Kurdinnen und Kurden bewohnten Südosten der Türkei hat rund eine halbe Million Menschen in die Flucht getrieben. Laut einem neuen Amnesty-Bericht könnte die Vertreibung der Bewohnerinnen und Bewohner ganzer Stadtteile eine kollektive Bestrafung der betroffenen Bevölkerung darstellen.

Der neue Amnesty-Bericht "[Displaced and dispossessed: Sur residents' right to return home](#)" dokumentiert das Schicksal von kurdischen Familien aus Sur, einem Bezirk der Stadt Diyarbakir, der zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt wurde. Durch das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte und die monatelang andauernden Ausgangssperren wurden fast alle Bewohnerinnen und Bewohner Surs vertrieben.

Seit Ende 2015 besteht in dem ehemals geschäftigen Bezirk eine durchgängige Ausgangssperre. Viele Gebäude wurden durch Granaten zerstört. Andere Häuser wurden abgerissen oder enteignet, um Platz für eine Umstrukturierung zu schaffen, von der voraussichtlich sehr wenige der ursprünglichen Bewohnerinnen und Bewohner profitieren werden.

"Ein Jahr nach der Verhängung der 24-Stunden-Ausgangssperre in Sur", so John Dalhuisen, Amnesty-Programmleiter für Europa und Zentralasien, "können Tausende Menschen immer noch nicht in ihre Häuser zurückkehren. Sie ringen darum, über die Runden zu kommen und sehen inmitten einer zunehmend repressiven Stimmung einer unsicheren Zukunft entgegen."

Mehr unter:

- [Unbegrenzte 24-Stunden Ausgangssperre](#)
- [Rückkehr zu zerstörten Häusern](#)
- [Anhaltend schwierige Situation der Vertriebenen](#)

Urgent Action

Hunderte NGOs geschlossen - 375 EINGETRAGENE VEREINE UND ORGANISATIONEN

- Türkei



Kurdischer Junge in der Altstadt von Diyarbakır im Südosten der Türkei: © Sertac Kayar / Reuters

[Helfen Sie jetzt aktiv mit!](#) Wie funktioniert das?

0498 haben sich bereits eingesetzt.

- [SCHREIBEN SIE BITTE](#)
- [APPELLE AN](#)
- [HINTERGRUNDINFORMATIONEN](#)

375 eingetragene Vereine und NGOs sind infolge des am 22. November ergangenen Regierungserlasses Nr. 677 nun auf Dauer geschlossen und ihre Vermögenswerte beschlagnahmt worden. NGOs, die am 11. November für drei Monate ihre Arbeit einstellen mussten, zählen zu den jetzt geschlossenen Organisationen. Die Schließungen entbehren selbst unter den herrschenden Notstandsgesetzen jeglicher rechtlichen Grundlage.

Am 22. November wurden 375 eingetragene Vereine und NGOs auf Grundlage des Regierungserlasses Nr. 677 dauerhaft geschlossen. In Paragraph 3 des Regierungserlasses heißt es: "Die genannten Vereine mit Verbindungen zu Terrororganisationen oder Vereine, die laut dem Nationalen Sicherheitsrat zu Strukturen, Formationen oder Gruppen zählen, mit ihnen inhaltlich übereinstimmen oder zu ihnen Verbindungen unterhalten, welche die nationale Sicherheit gefährden, sind ab sofort geschlossen. Alle Vermögenswerte sind ohne Abzüge und ohne Einschränkungen an das Finanzministerium übergegangen, einschließlich der Grundbucheintragungen für Geschäftsräume". Der Erlass enthält die Liste aller dauerhaft geschlossenen NGOs, darunter zahlreiche nationale und lokale Menschenrechtsorganisationen, Frauenrechtsorganisationen, lokale Kulturvereine, Vereine, die Menschen in Armut unterstützen, studentische Organisationen, Unternehmerverbände und sogar Sportvereine.

Zu den betroffenen NGOs zählen viele, die ihre Arbeit bereits per Regierungserlass vom 11. November vorübergehend einstellen mussten, darunter der Fortschrittliche Anwaltsverein (Çağdaş Hukukçular Derneği - ÇHD) und der Verein Anwälte für den Frieden (Özgürlükçü Hukukçular Derneği - ÖHD), der Betroffene von Folter und anderen Misshandlungen vertritt; der mesopotamische Anwaltsverein Mesopotamia Lawyers Association (MHD), der Gemeinschaften vertritt, die im Südosten der Türkei von Ausgangssperren betroffen sind; der Frauenverein VAKAD (Van Kadın Derneği), der Frauen betreut, die Schutz vor häuslicher Gewalt suchen, sowie die Kinderrechtsorganisation Agenda: Kind (Gündem Çocuk). Eine weitere betroffene Organisation ist der Verein Sarmaşık. Der Verein unterstützt 32.000 Menschen in Diyarbakır im Südosten der Türkei mit Nahrungsmitteln und Bildungsangeboten, darunter auch Menschen, die von der türkischen Regierung innerhalb des Landes vertrieben wurden. Die vorübergehenden und jetzt dauerhaften Schließungen sind weder im Einzelnen begründet worden, noch können Rechtsmittel gegen sie eingelegt werden.

Diese flächendeckenden vorübergehenden Verbote und dauerhaften Schließungen von NGOs sind unverhältnismäßig und können auch nicht durch die Notstandsgesetze gerechtfertigt werden. Sie verstoßen gegen die Rechte auf freie Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit, die durch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, deren Vertragsstaat die Türkei ist, verbrieft sind.